

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Wirtschaftsförderung und Beschäftigung am 21.04.2009**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## zu 1      **Feststellung der Tagesordnung**

---

Folgende Tagesordnung wird für den öffentlichen Teil festgestellt:

1.      Feststellung der Tagesordnung
2.      Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
3.      Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.02.2009
4.      Beschlussvorlagen
- 4.1.    Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2009  
Vorlage: IV/2009/07924
- 4.2.    Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II  
Vorlage: IV/2009/07923
- 4.2.1   Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Konjunkturprogramm II  
Vorlage: IV/2009/07842
5.      Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1.    Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität - zur Marktordnung  
- Anordnung der Verkaufsstände auf dem Marktplatz  
Vorlage: IV/2008/07605
- 5.2.    Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern von Immobilien der HWG mbH und GWG mbH  
Vorlage: IV/2009/07790
- 5.3.    Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Überarbeitung der Einzelhandelskonzeption  
Vorlage: IV/2009/07880
6.      schriftliche Anfragen von Stadträten
7.      Mitteilungen
8.      Beantwortung von mündlichen Anfragen
9.      Anregungen

## zu 2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Herr El-Khalil** (Ausschussvorsitzender / CDU) eröffnet die Sitzung. Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

## zu 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.02.2009

---

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 24.02.2009 wird einstimmig genehmigt.

## zu 4 Beschlussvorlagen

---

### zu 4.1 Integrations- und Arbeitsmarktprogramm 2009 Vorlage: IV/2009/07924

---

Zu diesem TOP wurden **Frau Dr. Radig** und **Frau Tempel**, welche beide zur Geschäftsführung der ARGE SGB II gehören, als Gäste eingeladen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Herrn El-Khalil stellte **Frau Tempel** das vorliegende Integrations- und Arbeitsmarktprogramm der ARGE SGB II vor.

Dieses Programm solle hier vor allem die Bedeutung der Integration verdeutlichen. Ziel dabei sei es, die Integrationsquote zu steigern und die Anzahl der Bezugspersonen zu senken. Dabei gab es auch eine Neuerung in Sachen Budget. Erstmals gibt es ein sogenanntes Vermittlungsbudget, dies soll für die anfallenden Kosten bei einer Vermittlung genutzt werden. Im Bereich des Fallmanagements erläuterte Frau Tempel, dass hier eine enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Bereichen erfolgt. Zuletzt wurde darauf hingewiesen, dass die angegebenen Sollzahlen im Programm nicht mit den Zahlen aus dem Jahr 2008 verglichen werden können, da sich hier viele Arbeitsmarktinstrumente geändert haben. Abschließend stellte **Frau Tempel** fest, dass bei der Erarbeitung dieses Programms aufgefallen sei, dass die Finanzkrise bisher noch nicht so stark in Halle zu spüren sei. **Herr Neumann** (Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit) untermauerte dies mit der Aussage, dass, entgegen dem Bundestrend, in der Stadt Halle die großen Einbrüche bis jetzt ausgeblieben sind.

Nach der Vorstellung des Integrations- und Arbeitsmarktprogramms wollte **Herr Häder** (WIR. FÜR HALLE.) wissen, ob Ausführungen zu den Änderungen gemacht werden können.

Ausführungen durch **Frau Tempel** hierzu:

Es stehen 2,0 Mio. Euro zur Verfügung, diese sollen hauptsächlich für die Fortbildung und für Maßnahmen, die den 2. Arbeitsmarkt stützen, eingesetzt werden. Außerdem soll eine Unterstützung der Bezugspersonen erfolgen, um ihnen dabei zu helfen, den eigenen Unterhalt wieder selbst zu finanzieren. Im Mai findet dazu die Gesellschafterversammlung statt, dann ist auch mit einem Beschluss zu rechnen.

Anfragen von **Frau Dr. Sitte** (DIE LINKE.):

- Können Partner, mit denen sich die ARGE SGB II abstimmt, benannt werden?
- In welchen Branchen sind überhaupt Stellenangebote bzw. Stellengesuche vorhanden?
- Warum sind im Vermittlungsbudget nicht neue und unkonventionelle Mittel vorgesehen, sondern nur die Kosten, die bisher auch gezahlt wurden (Fahrtkosten, Unterbring etc.)?
- Gibt es schon erste Erfahrungen mit der Ausbildungsvermittlung?
- Gibt es weitere Fördermöglichkeiten für Personen, die über 55 Jahre alt sind? Können diese im System „Aktiv zur Rente“ berücksichtigt werden oder fallen diese nur unter „Perspektive 50plus“?

Ausführungen durch **Frau Tempel** (ARGE SGB II):

- Die Partner, mit denen man sich abgestimmt habe, seien u. a. die ARGE Bitterfeld, Rententräger und SGB II Träger.
- Zur zweiten Frage konnte erläutert werden, dass in allen Branchen, wo durchgängig Anfragen bestehen, auch Stellenangebote vorhanden seien. Dies ziehe sich durch alle Branchen und betreffe nicht nur Halle. Die Saisonarbeit zähle auch noch dazu.
- Das Vermittlungsbudget soll eine Mischung aus den bisherigen Leistungen, aber auch neuen und unkonventionellen Leistungen sein. Die Verwendung liegt im Ermessen des Betreuers und ist meistens an eine individuelle Entscheidung gekoppelt. So kann z. B. auch der Kauf eines Anzugs für eine zu vermittelnde Person erfolgen, wenn diese nicht das gewünschte Erscheinungsbild erfüllt und aus finanzieller Sicht auch nicht erfüllen kann.
- Erste Ergebnisse in der Ausbildungsvermittlung gibt es noch nicht, da man hier noch in den Anfängen ist.
- Das Programm „Perspektive 50plus“ richtet sich an alle Personen ab dem 49. Lebensjahr. Personen bis zum Rentenalter, also bis 67 Jahre, können auch im Programm „Aktiv zur Rente“ gefördert werden, dies betrifft dann aber nicht mehr den 1. Arbeitsmarkt. Somit könne über 55-Jährige in beiden Programmen gefördert werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- zur Kenntnis genommen -

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat nimmt das vorliegende Integrations- und Arbeitsmarktprogramm der ARGE SGB II Halle GmbH für das Jahr 2009 zur Kenntnis.

## zu 4.2 Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II Vorlage: IV/2009/07923

---

Anfrage von **Herrn Häder**:

Gibt es in der Liste zur Verwendung der Investitionsmittel aus dem Konjunkturprogramm II Maßnahmen, die direkt den Ausschuss betreffen?

Ausführungen durch **Herrn Neumann**:

Auf Seite 11 der Liste wurde die Medienlandschaft (Filmproduktionshalle) als spezielles Thema der Wirtschaftsförderung aufgelistet.

Ausführungen durch **Herrn Dr. Franke** (Amtsleiter des Amtes für Wirtschaftsförderung):  
Der Hallenbau soll höchstwahrscheinlich auf dem ehemaligen Bombardiergelände erfolgen. Dazu werden die Oberlichter abgedunkelt, eine Schalldämmung soll erfolgen und Sanitäreanlagen für die Künstler und Beteiligten sollen installiert werden.

Anfrage von **Frau Dr. Sitte**:

Ist die Verbesserung der Breitbandversorgung notwendig, in Anbetracht der geplanten Mittel, die doch recht hoch sind?

Ausführungen durch **Herrn Neumann**:

Als Beispiel für schlechte Breitbandversorgung kann die im Hafen befindliche Kaserne, welche von Finsterwalder erworben wurde, angebracht werden. Dort besteht gar keine Breitbandversorgung. Jedoch wird vor dem Erwerb oder vor der Mietung von Objekten immer mehr nach einer Breitbandversorgung durch die Unternehmen nachgefragt. Diese ist heutzutage praktisch die Voraussetzung für den Erwerb oder die Mietung von Objekten.

Anfrage von **Herrn Wehrich**:

Ist die Breitbandversorgung nicht über Funkverbindung möglich?

Ausführungen durch **Herrn Neumann**:

Kabellose Funkverbindungen weisen oft eine schlechte Verbindungsgeschwindigkeit auf.

### Abstimmungsergebnis:

- zur Kenntnis genommen -

Es erfolgte keine Abstimmung über die Beschlussvorlage. Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung beschloss per mehrheitlicher Zustimmung, die Vorlage nur zur Kenntnis zu nehmen und sich aber unterstützend dem Votum des Sportausschusses anzuschließen.

Beschlussvorschlag des Sportausschusses (in modifizierter Form):

1. Der Stadtrat nimmt die Beantragung der Vorhaben im Rahmen des Konjunkturprogramms II zur Kenntnis. (vgl. Anlage 1+2)
2. Die kommunalen Eigenmittel für die Umsetzung der Maßnahmen des Konjunkturprogramms II werden, soweit eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre, durch die Aufnahme von zinsgünstigen Darlehen bereitgestellt.
3. Sofern für nachfolgende Vorhaben keine Projektförderung durch die zuständigen Ministerien erfolgen kann, wird die kommunale Investitionspauschale nach folgenden Prioritäten verwendet.

Sanierung der Eissporthalle	3,2 Mio. EUR
Erneuerung Fenster Pestalozzischule	0,5 Mio. EUR
Sanierung der Schlosserei Oper	1,8 Mio. EUR
Sanierung von Straßen im Dünnschichtverfahren	0,5 Mio. EUR
Sanierung Druckereigebäude Stadtmuseum (anteilig)	2,0 Mio. EUR
Errichtung des Wildwasserparks	

4. Der Stadtrat wird über den aktuellen Sachstand in jeder Sitzung informiert.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat nimmt die Beantragung der Vorhaben im Rahmen des Konjunkturprogramms II zur Kenntnis. (vgl. Anlage 1+2)
2. Die kommunalen Eigenmittel für die Umsetzung der Maßnahmen des Konjunkturprogramms II werden, soweit eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre, durch die Aufnahme von zinsgünstigen Darlehen bereitgestellt.
3. Sofern für nachfolgende Vorhaben keine Projektförderung durch die zuständigen Ministerien erfolgen kann, wird die kommunale Investitionspauschale nach folgenden Prioritäten verwendet.

Erneuerung Fenster Pestalozzischule	0,5 Mio. EUR
Sanierung der Schlosserei Oper	1,8 Mio. EUR
Sanierung von Straßen im Dünnschichtverfahren	0,5 Mio. EUR
Sanierung Druckereigebäude Stadtmuseum (anteilig)	2,0 Mio. EUR
Sanierung der Eissporthalle optional	3,2 Mio. EUR

4. Der Stadtrat wird über den aktuellen Sachstand in jeder Sitzung informiert.

**zu 4.2.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Konjunkturprogramm II  
Vorlage: IV/2009/07842**

---

**Beschluss:**

Dem Antrag wird bereits mit der Vorlage IV/2009/07923 entsprochen. Der Antrag wird als erledigt erachtet und von der Fraktion DIE LINKE. zurückgezogen.

## zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

### zu 5.1 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+GRAUE+WG Volkssolidarität - zur Marktordnung - Anordnung der Verkaufsstände auf dem Marktplatz Vorlage: IV/2008/07605

---

Zu diesem TOP wurde **Frau Biesecke** (Leiterin der Stabsstelle Veranstaltungsservice/Marktwesen) eingeladen. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Herrn **Ei-Khalil** stellte **Frau Biesecke** die Tischvorlage „Wirtschaftlichkeitsprüfung Markthändler 1. Quartal – Westseite“ vor. Die wurde den anwesenden Mitgliedern ausgehändigt und ist diesem Protokoll angehängt.

Ausführungen durch **Herrn Sprung** (CDU):

Auf Grund dieses Ergebnisses scheint es keine Mehrheit der Händler zu geben, die sich dafür interessiert. Daher kann der Standort Westseite bis zum heutigen Zeitpunkt nicht bewertet werden.

Ausführungen durch **Herrn Dr. Brockmann** (SPD):  
Momentan ist noch keine Frequentierung erkennbar.

Ausführungen durch **Frau Dr. Sitte**:

Es sollte nochmals eine Befragung im 2. Halbjahr durchgeführt werden, dann würde wahrscheinlich ein besseres Bild vorliegen.

Anfrage von **Frau Ewert** (SPD):

Warum werden die Markttag bei Ereignissen auf der Ostseite des Marktplatzes verschoben?

Ausführungen durch **Herrn Neumann**:

Auf dem oberen Markt werden Ereignisse mit überregionaler Bedeutung durchgeführt, daher können dazu nicht parallel die Markttag stattfinden.

Ausführungen durch **Herrn Dr. Köck** (DIE LINKE.):

Vielleicht sollte man diesbezüglich auch auf die Veranstalter einwirken.

Anfrage von **Herrn Dr. Brockmann**:

Ist ein Beach-Volleyballturnier von überregionaler Bedeutung?

Ausführungen durch **Herrn Neumann**:

Ja, da an einem solchen Turnier Spieler aus der ganzen Welt teilnehmen.

#### **Beschluss:**

Der Antrag wird vertagt. Er wird in der Oktobersitzung 2009 behandelt.

**zu 5.2 Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
zur Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern von  
Immobilien der HWG mbH und GWG mbH  
Vorlage: IV/2009/07790**

---

**Ausführungen durch Herrn Wehrich:**

Herr Wehrich stellte den Antrag, da es keine Photovoltaikanlagen in Halle gibt. Zunächst könnte man solche Anlagen doch gebührenfrei als Anschauungsobjekte aufbauen, danach könnte man dann Gebühren für die Nutzung erheben.

**Ausführungen durch Herrn Neumann:**

Die Aussage, es gibt keine Photovoltaikanlagen in der Stadt, stimmt so nicht, denn es sind komplette Anlagen vorhanden und es werden weiterhin in diesem Bereich Investitionen getätigt. Der Antrag von Herrn Wehrich sorgt für Wettbewerbsverzerrung, da es bereits Anlagen auf von Dächern anderer Solarfirmen gibt und diese dann, bei dem Verzicht von Gebühren, auf Dächern der HWG oder GWG, einen Nachteil hätten. Daher ist eine kostenfreie Zurverfügungstellung nicht möglich. Der Antrag „arbeitet“ daher gegen den Markt und die Wirtschaftsförderung.

**Ausführungen durch Herrn Wehrich:**

Die HWG und die GWG sollen durch Anweisung der Oberbürgermeisterin auf den Weg gebracht werden, ihre Dächer für solche Anlagen zur Verfügung zu stellen. Die Kostenfreiheit hat für Herrn Wehrich dabei nicht die oberste Priorität.

**Ausführungen durch Herrn Dr. Köck:**

Bevor man sich mit der HWG und GWG darüber einigt, sollten zunächst alle Aktivitäten in diesem Bereich abgebildet werden. Ebenfalls könnte man auch eine Solarsatzung auf den Weg bringen. Eine Gebührenfreiheit ist jedoch nicht nötig.

**Ausführungen durch Herrn Dr. Franke:**

Der Vorschlag von Herrn Dr. Köck findet Zustimmung. Man sollte sich nochmal mit den Wohnungsgesellschaften und anderen Firmen absprechen, um einen Überblick über die Aktivitäten in diesem Bereich zu erhalten.

**Ausführungen durch Herrn El-Khalil:**

Der Aufsichtsrat der Gesellschaften müsste dann auch mit eingebunden werden.

**Ausführungen durch Frau Dr. Ewert:**

Es existiert bereits eine Vorlage zu diesem Thema, die in der nächsten Sitzung des HWG-Aufsichtsrates behandelt wird.

**Änderung des Antrages durch Herrn Wehrich:**

Herr Wehrich ändert seinen Antrag insoweit, dass der letzte Satz ersatzlos gestrichen wird.

**Abstimmungsergebnis:**

4 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
1 Stimmenthaltung

**- mehrheitlich abgelehnt -**

### **Beschlussvorschlag (modifiziert):**

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, als Gesellschaftsvertreterin der Stadt Halle (Saale) die Geschäftsführung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) und die Geschäftsführung der Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG) anzuweisen, geeignete Dachflächen der Gebäude der HWG und GWG für die Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung zu stellen.

(Der letzte Satz wurde durch Herrn Wehrich ersatzlos gestrichen.)

### **zu 5.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates Denis Häder (WIR. FÜR HALLE.) zum Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Installation von Photovoltaikanlagen (IV/2009/07790) Vorlage: IV/2009/07982**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

2 Ja-Stimmen  
7 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**- mehrheitlich abgelehnt -**

### **Beschlussvorschlag:**

Der letzte Satz im Beschlussvorschlag des Antrages wird wie folgt ergänzt:

„... ,wenn die Installation und der Betrieb der Photovoltaikanlage ansonsten nicht rentabel wären.“

### **zu 5.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Überarbeitung der Einzelhandelskonzeption Vorlage: IV/2009/07880**

---

**Herr Dr. Franke** stellte die in der Anlage zu findende PowerPoint-Präsentation vor.

Ausführungen durch **Herrn Dr. Köck**:

Könnte man das Thema Einzelhandelskonzeption nicht unter dem Thema Stadtumbau zusammenfassen?

Antwort durch **Herrn Dr. Franke**:

Man sollte dies nicht unter einem Deckmantel laufen lassen, sondern sich dazu bekennen.

### **Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
1 Stimmenthaltung

**- mehrheitlich zugestimmt -**  
**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die derzeitige Einzelhandelskonzeption für die gesamte Stadt einer grundsätzlichen Überarbeitung zu unterziehen. Dabei sollten, unter Zuhilfenahme des neuen Bauordnungsrechts, Grundlagen für die künftige Steuerung der Einzelhandelsentwicklung geschaffen werden. Es sind dabei die folgenden Aspekte zu berücksichtigen:

- die Innenstadt und die Stadtteilzentren hinsichtlich ihrer Qualität als Handelsstandort und Erlebnisraum zu stärken,
- die Versorgungsbereiche bezüglich ihrer Angebots- und Funktionsvielfalt zu definieren,
- bei zentren- bzw. wettbewerbsschädlichen Entwicklungen eingreifen zu können,
- die Planungssicherheit für Investoren zu erhöhen.

Bei der Überarbeitung der Einzelhandelskonzeption ist der Sachverstand der Kammern, Verbände und Händlerzusammenschlüsse ausdrücklich mit einzubeziehen. In der Fortführung wird die Stadtverwaltung aufgefordert, jährlich Bericht im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung und im Ausschuss für Planungsangelegenheiten zu erstatten.

**zu 6        schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

- keine -

**zu 7        Mitteilungen**

---

- keine -

**zu 8        Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Anfrage von **Herrn EI-Khalil:**  
Wie ist der aktuelle Stand zum Vertrag „Messe“?

Antwort von **Herrn Dr. Franke:**  
Die juristische Prüfung ergab, dass der Vertrag seine Wirksamkeit verloren hat.

In einer der nächsten Sitzungen des Messebeirats soll u. a. der partnerschaftliche Umgang zwischen der Stadt und der Messe behandelt werden.

**zu 9 Anregungen**

---

- keine -

Für die Richtigkeit:

Datum: 12.05.09

---

Milad El-Khalil  
Ausschussvorsitzender

---

Sven Müller  
Protokollführer